



Beschluss der Mitgliederversammlung zur Aufnahme von Sondierungsgesprächen

1. Die Wiesbadener GRÜNEN haben bei der Kommunalwahl das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Wir sind mit 21,4 Prozent zweitstärkste Kraft und haben damit alle unsere Wahlziele erreicht. In fünf Ortsteilen sind wir sogar stärkste Kraft und wollen dort die/den Ortsvorsteher*in stellen. Das große Vertrauen der Bürger*innen ist für uns Verpflichtung, noch mehr GRÜNE Politik in unserer Stadt umzusetzen.
2. Für die Gestaltung der Herausforderungen, vor denen unsere Stadt steht, braucht es zügig eine stabile und handlungsfähige Mehrheit im Stadtparlament und somit eine stabile Stadtregierung. Eine einjährige Hängepartie wie nach der Kommunalwahl 2016 wollen wir GRÜNE nicht. Daher stehen wir ab sofort für erste Gespräche mit anderen Parteien zur Verfügung. Mögliche Kooperations- oder Koalitionsverhandlungen streben wir an bis spätestens zum Beginn der Sommerferien abgeschlossen zu haben.
3. Wir stehen für Gespräche mit allen demokratischen Kräften zur Verfügung. Eine Zusammenarbeit mit der AfD schließen wir aus.
4. Maßgeblich für die Entscheidung mit wem wir eine Mehrheit im Stadtparlament bilden, ist für uns die Umsetzung möglichst vieler Inhalte aus dem GRÜNEN Wahlprogramm. Wir wollen den grundlegenden sozial-ökologischen Wandel. Wiesbaden soll Klimahauptstadt werden, die Verkehrswende weiter vertiefen, den sozialen Zusammenhalt, die Gleichberechtigung und die Kulturarbeit deutlich stärken.
5. Mit den jetzt anstehenden Sondierungsgesprächen mit den anderen Parteien zur Bildung einer Mehrheit beauftragt die Kreismitgliederversammlung die beiden Kreisvorsitzenden und zwei von der neuen Rathausfraktion in eigener Verantwortung zu benennende Fraktionsmitglieder. Andreas Kowol wird in die Sondierungen einbezogen, wenn die Gesprächspartnerin ihrerseits ein hauptamtliches Magistratsmitglied einbezieht.
6. Für etwaige nach den Sondierungsgesprächen anstehende Kooperations- oder Koalitionsverhandlungen wird die GRÜNE Hauptverhandlungsgruppe über die im vorherigen Punkt genannten Personen hinaus um Andreas Kowol und zwei weitere von der Kreismitgliederversammlung am 18. März zu wählende Mitglieder (ein Frauen- und ein offener Platz) erweitert.
7. Über das Hauptverhandlungs-Team hinaus werden für die Fachverhandlungen zu einzelnen Themen weitere Fachpersonen vom Kreisvorstand, der Rathausfraktion und den Arbeitskreisen benannt.

8. Über den Stand der Sondierungsgespräche wird auf einer Kreismitgliederversammlung (voraussichtlich Ende März/Anfang April) berichtet und über das weitere Vorgehen beraten. Nach Befassung mit den Sondierungsergebnissen entscheidet die nicht öffentliche Kreismitgliederversammlung über die Aufnahme von Kooperations- oder Koalitionsgesprächen.
9. Über eine Kooperations- oder Koalitionsvereinbarung wird nach Abschluss der Verhandlungen die Kreismitgliederversammlung abstimmen.